

Antragssteller_in: Jessica Rupf

Antragstext: Neu §3 (6): Sachverhalte, die personenbezogene und schützenswerte Daten enthalten, dürfen nicht über soziale Medien ausgetauscht werden.

Wurde übernommen.

Antragssteller_in: Jessica Rupf

Antragstext: Neu §3 (7): Sinn-entfremdende Veränderungen und das Löschen von Beiträgen müssen dokumentiert werden.

Antragssteller_in: Hendrik Florian Pötzsch

Antragstext: §3 (2) → Füge bei „2.“ folgendes ein: „Interaktive Weitergabe [...] StuRas und dessen Strukturen.“

Wurde übernommen.

Antragssteller_in: Hendrik Florian Pötzsch

Antragstext: Füge in §2 (3) ein: „[...]“, sowie zur Kommunikation mit Nutzern.“

Antragssteller_in: Andreas Spranger

Antragstext: Ändere §2 Absatz 1, 2. Halbsatz entsprechend: „[...]“, wenn der StuRa durch eigene Beschlussfassung beauftragt wurde, daran zu partizipieren.“

Begründung: Der bisherige Halbsatz lautet: „[...]“, wenn dieses im Auftrag des StuRa verwaltet und betrieben wird.“

Dieses würde jedoch bedeuten, dass der StuRa Administrationsrecht nicht nur für das eigene Konto, sondern sogar die Möglichkeit der Gestaltung des gesamten Programms innehat und dieses betreibt. Am Beispiel *facebook* würde dies bedeuten, dass der StuRa *facebook* betreibt und verwaltet und nicht nur das dortige Account. Dem ist jedoch nicht so. Weder hat der StuRa Administrations- (Verwaltungs-) rechte sozialer Medien inne, noch betreibt er solche nach dem heutigen Stand (25.02.2015). des Antragsstellers.

Antragssteller_in: Andreas Spranger

Antragstext: Ändere die Überschrift des §3 in: „Inhalte sozialer Medien“

Begründung: Ist nach Meinung des Antragsstellers ein besserer Ausdruck.

Antragssteller_in: Andreas Spranger

Antragstext: Ändere §2 Absatz 5 entsprechend: „Die Autorenschaft veröffentlichter Beiträge ist für die gesamte Nutzerschaft offen zu kennzeichnen.“

Begründung: Der Vorschlag vereinfacht die bisherige Regelung mit gleichzeitiger Verschärfung des Regelungsbereiches, dementsprechend, dass die gesamte Nutzerschaft die Autorenschaft nachvollziehen können muss und nicht nur die Administratoren die Kennzeichnung sehen können, wie es nach dem bisherigen Regelungsvorschlag möglich ist. Somit kann gewährleistet werden, dass auch die gesamte Nutzerschaft die Verantwortung für die entsprechenden Beiträge klar bei dem Autoren und nicht bei der Institution, welche hinter dem Autoren stehen mag, verortbar.

Antragssteller_in: Andreas Spranger

Antragstext: Ändere §4 entsprechend: „Finanzielle Transaktionen mit sozialen Medien bedürfen eines entsprechenden positiven Beschlusses durch das Plenum des Studentenrates der TU Dresden.“

Begründung: Der bisherige Änderungsantrag ist zu unterstützen, doch widerspricht sich der Regelungsvorschlag immanent. Dementsprechend, dass in Absatz 1 finanzielle Transaktionen mit sozialen Medien verboten seien, so wird es jedenfalls vom Antragssteller verstanden, andererseits diese möglich sind, wenn das Plenum dem zustimmt. Entsprechend wird vorgeschlagen, dass die Regelung so geschrieben werden soll, dass die Transaktionen nicht in Gänze verboten sondern von Anfang mit der Hürde des positiven Beschlusses durch das Plenum versehen sind. Die Einführung von Ausnahmen in ein solches Regelungswerk sind ein Einfallstor für jegliche Ausnutzung dessen und sollten von Anfang an verhindert werden.
